

BUNDESWEHR

GEWERKSCHAFTEN

Vor der Kaserne

Am Mittwoch nach Pfingsten paßte auch Dahlgrün: Der Substanzwert des Veba-Papiers sei mit über 600 Mark ermittelt worden, und es sei unvertretbar, die Papiere in Bundesbesitz für 210 Mark zu verschleudern.

Dollinger preschte allein vor. Auf dem Wiesbadener Mittelstandstag der Christdemokraten am Freitag vorletzter Woche verkündete er: „Ich werde dem Kabinett vorschlagen, bis auf 26 Prozent Bundesanteil herunterzugehen.“

Als bald fielen Burgbacher und Katzer über den Minister her. Im CDU-Fraktionsvorstand erboste sich am vergangenen Montag der Energie-Professor: „Geschäftsgrundlage sind allein die 51 Prozent.“ Und Katzer: „Man kann nicht heute sagen, wir halten die Majorität, und kaum drei Wochen später alles über den Haufen werfen. Das verstößt gegen die guten Sitten.“

Nach der Sitzung trat Dollinger auf Katzer zu: „Eine Hand können Sie mir wohl noch geben.“ Der tat's, knurrte aber: „Ob ich Ihren Plan morgen im Besitzausschuß erörtern lasse, das weiß ich noch nicht.“

Der Plan wurde erörtert, und wieder unterlag Dollinger. Mit den Sozialdemokraten, die schon immer gegen die Privatisierung waren, und den Freien Demokraten, die nur eine völlige Privatisierung gutheißten, votierte auch die CDU geschlossen gegen zusätzliche Opfer des Bundes.

Dollinger jedoch focht weiter. In der Kabinettsitzung am Mittwoch letzter Woche verteilte er hektographierte Handzettel an die Minister: Es gelte, eine politische Chance zu nutzen. Von den Aktienbestellern gehörten 87 Prozent zur bevorzugten Gruppe 1, das heißt, sie verdienen weniger als jährlich 8000 Mark (Ledige) oder 16 000 Mark (Verheiratete).

Man dürfe sie keinesfalls mit „noch nicht einmal zwei Aktien abspesen“. Und selbst diese Quote werde sich kaum halten lassen, da noch die Ergebnisse von vier Zeichnungstagen ausstünden. Bei der VW-Privatisierung seien mehr als 40 Prozent des Kapitals in den letzten sechs Tagen gezeichnet worden.

Das bedrohliche Bild enttäuschter Wählerscharen machte Eindruck. Verkehrsminister Seeborn riet, man solle doch einfach die ganze Veba privatisieren. Dahlgrün, des Streits überdrüssig, resignierte.

Es wurde beschlossen, weitere 25 Prozent der Veba auf den Markt zu werfen und dem Bundestag eine entsprechende Eilvorlage zuzuleiten, die er noch vor den Sommerferien genehmigen soll.

Um den zusätzlichen Verkaufserlös von 433 Millionen Mark entbrannte in der Kabinettsrunde sogleich reger Wettbewerb. Dahlgrün wollte ihn der Bundesbahn zuschanzen, um Subventionen zu sparen. Minister Stücklen beanspruchte ihn für seine Post. Zuruf aus der Versammlung: „Nein, für das Deutsche Gemeinschaftswerk!“

Vergangenen Freitag trat Volkskanzler Erhard selbst vor die Bonner Presse, um den neuen Aktiensegen anzukündigen.

Ehe er jedoch Wirklichkeit wird, muß das Parlament zustimmen, und bisher haben sich sowohl die CDU-Fraktion als auch der zuständige Ausschuß den Wünschen Dollingers versagt. Hans Katzer achselzuckend: „Ich wüßte nicht, wie das noch klappen soll.“

Der deutsche Soldat, so rasonierte der kaiserliche Generalquartiermeister und spätere Reichswehrminister Groener zu Beginn der Weimarer Republik, müsse „von der verfluchten Politik die Finger lassen“.

Groeners Spruch leitete einen Isolationsprozeß ein, der das 100 000-Mann-Heer zum Staat im Staate von Weimar werden ließ. Dem General paßte die ganze republikanische Richtung nicht.

46 Jahre danach hält es Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel für unangebracht, daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Ver-



Verteidigungsminister von Hassel
Paßt die Richtung nicht

kehr (ÖTV) deutsche Soldaten als Mitglieder anwirbt.

Eine Politisierung des Soldatenbereichs, so meint auch Hassel, sei unerwünscht. Die Zielsetzung der ÖTV widerspreche dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Von Hassel paßt die ganze gewerkschaftliche Richtung nicht.

Des Ministers Veto war die Kriegserklärung in einem seit Monaten schwellenden Zwist zwischen Bundesverteidigungsministerium und ÖTV, die sich zu Anfang des Jahres verstärkt bemühte, unter den 125 000 Berufssoldaten der Bundeswehr Mitglieder anzuheuern.

Beim Sturm auf die Kasernen trafen die ÖTV-Werber auf erbitterten Widerstand. Sie hatten zu kämpfen

▷ gegen das Verteidigungsministerium, dem Gewerkschaftsfunktionäre hinter dem Kasernentor suspekt erscheinen und das die „Gefahr einer Radikalisierung“ (von Hassel) in der Truppe sieht;

▷ gegen den „Deutschen Bundeswehr-Verband (DBwV), eine Organisation, der vier Fünftel aller Berufssoldaten angehören und die das Wohlwollen des Ministeriums genießt. Bayerns ÖTV-Chef Willy Bopp: „Die haben Angst, daß wir ihnen das Wasser abgraben.“

Am 4. März baute der Führungsstab der Bundeswehr in einem Erlaß an die Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit die Abwehrfront auf: „Da die Interessenvertretung der Soldaten durch den Deutschen Bundeswehr-Verband gewährleistet ist, könnte eine Mitgliederwerbung durch die Gewerkschaft ÖTV diese guten wehrpolitischen Kontakte stark beeinträchtigen.“

Das Rundschreiben war auf einer Arbeitstagung der sachlich zuständigen Abteilung G 2 im Verteidigungsministerium erdacht worden, die sich auch mit Feindaufklärung und Spionage-Abwehr befaßt. Und es enthielt den Zusatz: „Kontaktversuche von Einzelgewerkschaften bitte ich mir mitzuteilen.“

Die nächste Abwehrschlacht lieferte der Bundeswehr-Verband. Er behauptete, schon 1957 hätten DBwV und Gewerkschaften ihre Interessenbereiche untereinander abgegrenzt: Die ÖTV wolle sich ausschließlich um die 170 000 Zivilbediensteten der Bundeswehr kümmern (von denen derweil 40 000 der ÖTV angehören), dafür überlasse sie dem Bundeswehr-Verband die Truppe.

Ein solcher Nichtangriffspakt war jedoch nie geschlossen worden. Eine Aktennotiz der DGB-Hauptabteilung Organisation und Werbung vom 22. Februar 1957 weist über eine Besprechung zwischen DBwV- und Gewerkschaftsfunktionären lediglich aus: „Auf unsere Frage, ob der Verband sich als Gewerkschaft ausbebe oder als solche gelten wolle, wurde mit einem klaren Nein geantwortet ... Eindeutig wurde erklärt, daß der Deutsche Bundeswehr-Verband keines seiner Mitglieder daran hindern will, Mitglied in einer Gewerkschaft zu bleiben oder zu werden.“

Gleichwohl lästerte der DBwV-Vorsitzende, Brigadegeneral Wolfgang Keilig, gegen die Gewerkschaftswerber. Keilig: „Wir sprechen der ÖTV die sachliche und fachliche Eignung ab, sich zum Wahrer der berufsethischen und sozialen Belange der Soldaten aufzuwerfen. Die ÖTV hat in den vergangenen acht Jahren des Aufbaus der Bundeswehr keinen Finger zur Lösung der sozialen Probleme der Soldaten gekrümmt.“

In der Tat hatte es Jahre gedauert, ehe die Gewerkschaftler ihre Fürsorgepflicht entdeckten. In den fünfziger Jahren noch führten sie einen erbitterten Kampf gegen jeden Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

Noch heute ist ein Beschluß des DGB-Bundeskongresses aus dem Jahre 1956 unwiderrufen, der die Gewerkschaften verpflichtet, jene Kräfte zu unterstützen, die „willens und fähig sind ... die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen“.

Mittlerweile freilich haben sich selbst die wehrunwilligsten Funktionäre an den Gedanken gewöhnt, mit der Bundeswehr leben zu müssen. Die ÖTV gründete bereits 1957 eine „Fachgruppe Bundeswehr“, der Ende vergangenen Jahres eine Unterabteilung „Soldaten“ zugeordnet wurde.

Wilhelm Zimmermann, Chef der ÖTV-Soldaten, will in erster Linie das ramponierte Ansehen der Berufssoldaten polieren, für flexiblere Beförderungsmöglichkeiten sorgen, den Soldaten auf Zeit (die nach zwölf oder 15 Jahren ausscheiden) bessere Versorgung verschaffen. Und er möchte den Landsern mehr Freizeit erkämpfen. Spottete „Die Bundeswehr“, das Blatt des Bundeswehr-

verbandes: „Und greift der böse Feind mal an, hilft ÖTV mit Zimmermann.“

Zimmermann konterte gelassen: „Der Bundeswehrverband ist von der Bundeswehr abhängig.“ Dieser Vorwurf zielt auf den wunden Punkt des Verbandes, der die Interessen der Berufssoldaten gegenüber dem Staat vertreten soll. Laut ÖTV ist er nichts als „der zweite Dienstweg des Herrn Hassel“. Und die „Stuttgarter Zeitung“ wird „den Verdacht nicht ganz los, als ob die Bundeswehr Zwiesprache mit sich selbst halte“.

Diese Zwiesprache ist sehr rege und wird in einem familiären Ton geführt. Im Verteidigungsministerium wie im Kasernenbereich wird dem DBwV alle Hilfe zuteil. Mitgliederversammlungen des Verbandes etwa können stets während der Dienstzeit und in bundes-eigenen Räumen veranstaltet werden.

Beim Luftwaffenparkregiment 1 in Erding beispielsweise enthielt der Regimentsbefehl Nr. 2/65 vom 26. Januar unter Punkt drei die Mitteilung, wann und wo „die Jahreshauptversammlung der Standortkameradschaft Erding mit Neuwahl des Standortvorstandes“ stattfinden werde. Regimentskommandeur Feuerrohr ließ wissen: „Allen Soldaten, die Mitglieder der Standortkameradschaft sind, ist die Möglichkeit zu geben, an dieser Versammlung teilzunehmen.“

Und per Gruppenbefehl Nr. 8/65 wurde am 12. März vom Chef des 1. Bataillons im selben Regiment auf eine Werbeaktion des DBwV hingewiesen. Order: „Die Aktion wird unterstützt, und es ist den Soldaten die Möglichkeit des Besuchs zu geben.“

Für die ÖTV hingegen bleiben Dienstunterkünfte, Versammlungsräume und Garnisonen verschlossen. Denn innerhalb militärischer Anlagen, so belehrte Hassels Pressesprecher Oberst Viebig die Gewerkschaft, sei jede werbende Tätigkeit untersagt. Wie Schnürsenkel-Verkäufer können die ÖTV-Werber vor der Kaserne abgewimmelt werden.

Auch mit der Dienstzeit nimmt es die Truppe genau, wenn es um die Gewerkschaft geht. Als der Hauptfeldwebel Heinrich Gerschauer, Vorsitzender der ÖTV-Soldatengruppe München, am 4. März zu einer Bundesfachtagung der ÖTV nach Stuttgart fuhr, mußte er die Reisezeit von seinem Jahresurlaub abbuchen. Der Oberstleutnant im Generalstab Heinemann bescheinigte ihm auf Anfrage, daß „kein dienstliches Interesse vorliegt“.

Die Gewerkschaft möchte sich schleunigst aus ihrer Hausierer-Rolle befreien, wenn nötig mit Hilfe des Bundeskanzlers. In einem Brief an Erhard klagte die ÖTV: „Nach unseren Informationen unternimmt das Bundesverteidigungsministerium alle Anstrengungen, um die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit der Berufssoldaten einzuschränken. Wir besitzen Beweise, daß nicht nur die Mitgliederwerbung unserer Gewerkschaft von Amts wegen behindert wird, sondern daß für die Organisationen der Soldaten zweierlei Recht geschaffen wurde.“

Und als der Verteidigungsminister schließlich die gewerkschaftliche Organisierbarkeit seiner Soldaten prinzipiell anzweifelte, forderte der ÖTV-Chef Heinz Kluncker Hassels Rücktritt, denn: „Wer unter Berufung auf das Prinzip von Befehl und Gehorsam Grundrechte der Verfassung... einschränkt und beiseitigt, ist als Minister eines demokratischen Landes nicht mehr tragbar.“

Kanzler Erhard antwortete Kluncker am 10. Juni: „Die von Ihnen gemachten Angaben werden geprüft.“ Der Verteidigungsminister will die Frage prüfen, ob sich Soldaten gewerkschaftlich organisieren dürfen; ein Gutachten, entweder von Hausjuristen oder von einem Völkerrechtler, soll darüber Auskunft geben.

Die ÖTV aber „hält es für sinnlos, sich länger (mit dem Minister) öffentlich auseinanderzusetzen“. Sie will unter die Soldaten, auch ohne Gutachten.

Wenn Bonn bis zur nächsten ÖTV-Hauptversammlung am 1. und 2. Juli im westfälischen Marl keine zufriedenstellende Erklärung über die Koalitionsfreiheit der Soldaten abgegeben hat, will die Gewerkschaft beim Bundesverfassungsgericht klagen.

ÖTV-Präses Kluncker, mit 40 Jahren der Benjamin unter den westdeutschen Gewerkschaftschefs: „Gegen meinen Hexenschuß habe ich noch kein Mittel gefunden, aber die Querschüsse aus Bonn fangen wir schon auf.“

SOWJETZONE

DDR-AUSSENPOLITIK

Die sogenannte BRD

Im Falle der Wiedervereinigung, so befand letzte Woche der CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsident des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Johann Baptist Gradl, sei sorgfältig zu prüfen, wovon man beim Ulbricht-Regime lernen könne. Nicht alles sei drüben schlecht.

Der zum Lehrherrn avancierte Mauermeister Walter Ulbricht will seinerseits mit dem Lernen so lange nicht warten. Er stibitzt schon jetzt Bonner Ideengut, das am Rhein stets sorgsam behütet worden ist: den Alleinvertretungsanspruch für Deutschland und die — für DDR-Zwecke umgepolte — Hallstein-Doktrin.



DDR-Chef Ulbricht
Aus Pankow eine Hallstein-Doktrin

Per „Manifest“ proklamierte die Volkskammer jüngst, daß hinfort die DDR „allein im Namen aller Deutschen, im Namen und im Interesse der ganzen deutschen Nation... zu allen Völkern spricht“ und nicht etwa „die sogenannte Bundesrepublik Deutschland“.

Und auf der diplomatischen Bühne probt Pankow eine Rolle, in der sonst allein Bonn sich gefiel: Es beschwört befreundete Staaten, von der Liaison mit dem anderen Deutschland zu lassen.

Das Wechselspiel vollzieht sich zu einer Zeit, da Bundesaußenminister Gerhard Schröder Handelsmissionen in den osteuropäischen Metropolen etabliert, Außenamts-Staatssekretär Lahr in Rumänien das Terrain für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sondiert, Bundesurlauber in der Schwarzmeer-Sonne brutzeln und Krupps Berthold Beitz mit den Polen handelt.

Während den Bonnern die Hallstein-Doktrin immer weniger doktrinär vorkommt, erscheint sie — in Umkehr-Anwendung — den Pankowern immer passabler. Denn das SED-Regime wähnt sich seit kurzem von allen sozialistischen Geistern verlassen. Seine seit 1954 verkündete These von den zwei gleichberechtigten und völkerrechtlich ebenbürtigen deutschen Staaten war nur so lange hantierbar, wie Bonn kommunistische Staaten, die Ost-Berlin anerkennen, mit Nichtachtung straffte.

Seit die Bundesregierung jedoch „neben verlockenden ökonomischen Angeboten“ den „Mißbrauch der Touristik und menschlicher Kontakte“ (SED-Organ „Neues Deutschland“) nicht mehr scheut, erweist sich die Zwei-Staaten-Theorie als hinderlich: Die sozialistischen Bruderländer finden nichts dabei, mit der potenten Bundesrepublik ebenso fleißig zu verkehren wie zuvor mit der DDR.

So beschloß Pankow, die treulosen Ost-Genossen mit bewährten Bonner Tricks auf DDR-Kurs zurückzulocken. Die Westdeutschen, so mahnte der amtierende DDR-Außenminister Otto Winzer, wollten „die DDR gewissermaßen vom sozialistischen Lager abspalten“. Überdies hofften sie, „die osteuropäischen Völker über ihre Revancheabsichten hinwegtäuschen zu können, indem sie von einer Versöhnung mit den östlichen Nachbarn reden“.

Und „Neues Deutschland“ rügte das ganze sozialistische Lager: „... spekulieren die Bonner Machthaber darauf, daß in einigen sozialistischen Ländern... das Vorhandensein kleinbürgerlicher Kräfte nationalistische Tendenzen, z. B. die Ideologie des ‚Nationalkommunismus‘, begünstigt.“ Man wisse doch, so tönte Ulbrichts Sprachrohr weiter, „daß die Konzentration des imperialistischen Angriffs auf die DDR nur die erste Etappe des Angriffs gegen andere sozialistische Bruderstaaten darstellen soll“.

Genau das aber wollen die sozialistischen Brüder den Ost-Berliner Genossen nicht glauben. Sie scheinen nicht bereit, Ulbricht zuliebe aus der Bundesrepublik eine sogenannte machen zu wollen, und sie lassen sich von ihrem einträglichen Flirt mit den Bundesdeutschen nicht abhalten.

Als Ungarns Außenminister János Péter jüngst in Ost-Berlin war, lehnte er es sogar ab, den „antifaschistischen Schutzwall“, die Mauer, zu besichtigen. Das Währungsgebiet D-Mark West ist mit Abstand Ungarns wichtigster westlicher Handelspartner.